

Protokoll der fünften Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ vom 24.05.2016

Anwesend: Frau Janke-Schmidt (stellv. Vorsitzende/Jugendverbände), Frau Silber-Bonz (FDP),
Herr Haacke (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN), Herr Kourkoulos (SPD),
Herr Misch, (Jugendverbände), Herr Dr. Pich (Jugendamtselternbeirat)

Verwaltung: Frau Clauß, Frau Kusserow, Herr Engels (Protokoll)

TOP 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Janke-Schmidt, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung. Sie entschuldigte den Vorsitzenden, Herrn Körber, der aus beruflichen Gründen verhindert war.

TOP 2: Protokoll der vierten Sitzung vom 20.10.2015

Das Protokoll wurde ohne Einwände und Ergänzungen angenommen.

TOP 3: Informelle Treffpunkte für Jugendliche im öffentlichen Raum; hier: Vorstellung des Konzeptes zur Umsetzung und Einrichtung erster Jugendtreffpunkte

Frau Block berichtete über die Ergebnisse einer verwaltungsinternen Projektgruppe, die sie im Rahmen eines Seminars zum Training von Schlüsselqualifikationen geleitet hatte (Anlage 1). In dieser Projektgruppe waren die in der Stadtverwaltung mit einer möglichen Umsetzung von Jugendtreffpunkten befassten Organisationseinheiten vertreten (BNU, FB Ordnung, FD Jugendarbeit, Bauaufsicht, FD Liegenschaften und Bauhof), ebenso die Streetworkerin des Vereins zur Förderung der städt. Jugendeinrichtungen. Aufgabe war die Klärung der Bedingungen zur Umsetzung des vom Jugendstadtrat entwickelten Konzeptes sowie die Prüfung einzelner Standortvorschläge. Frau Block verwies darauf, dass es bei den vorgestellten Standorten nach Aussage der Streetworkerin bereits feste Gruppen gebe, die diese Orte als Treffpunkte nutzten.

Auf Nachfrage erläuterte Frau Clauß der Jugendstadtrat habe seinerzeit aus eigenem Antrieb ein Konzept entwickelt, dessen Überprüfung im Hinblick auf rechtliche und bürokratische Bedingungen sei damals jedoch nicht mehr möglich gewesen. Die Anfrage eines Projektes sei eine gute Möglichkeit gewesen, diese notwendige Prüfung vorzunehmen. Dieser Bericht solle nun Grundlage für eine politische Beratung des Themas sein.

Herr Misch regte eine Einbindung der Jugendtreffpunkte in die Spielplatzbedarfsplanung an sowie die Berücksichtigung der vorhandenen Standorte der Offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen bei der Festlegung von Standorten.

Herr Kourkoulos plädierte dafür, den Kindern und Jugendlichen Freiräume zu bieten statt geregelter Treffpunkte. Jugendliche suchten sich ihre Räume selbst und wechselten diese oft. Die Gruppe der 18 bis 23jährigen sei in dem vorgelegten Konzept zudem nicht beachtet. Sinnvoller sei es, nette Treffpunkte für alle Generationen einzurichten, statt nur für Jugendliche. Gerade Familien hätten hier einen großen Bedarf. Herr Pich bestätigte die Ablehnung von durch Erwachsenen geplanter geregelter Treffpunkte. Die Jugendlichen müssten sich diese Räume selbst suchen und gestalten können. Auch Frau Silber-Bonz forderte die Einbeziehung der Jugendlichen in die Planung und Umsetzung solcher Treffs.

Herr Haacke bestätigte die Überforderung des damaligen JSR, aber auch der heutigen Jugendlichen mit einer Umsetzung solcher eigenen Wünsche. Die Stadt könne aber Angebote schaffen und Unterstützung bei der Umsetzung bieten. Frau Silber-Bonz stimmte ebenfalls einer Unterstützung interessierter Gruppen von Jugendlichen zu, z.B. in Form der als Partizipationsmodul geplanten Mini-Projekte.

Frau Janke Schmidt fragte nach der Betreuung der Treffpunkte durch soziale Arbeit um missliebige Entwicklungen im Bereich des Jugendschutzes zu verhindern, Sie regte an, die gegebenenfalls besonderen Bedürfnissen von Jugendlichen mit Fluchterfahrung mit in das Konzept einzubeziehen.

Frau Clauß stellte klar, dass es sich bei den Ergebnissen der Projektgruppe nicht um einen festen Plan zur Umsetzung handle sondern dass es hiermit nun eine Prüfschablone gebe, mit der von Jugendlichen angeregte Treffpunkte auf ihre Eignung geprüft werden könnten sowie Möglichkeiten aufgezeigt würden, wie diese bei der Umsetzung eines solchen Planes unterstützt werden könnten. Es gehe darum Orte zu schaffen, an denen Jugendliche nicht so leicht vertrieben werden können. Dies könne durch Beschluss im Jugendhilfeausschuss als politisches Zeichen deutlich werden.

Herr Kourkoulos verwies nochmals auf die Notwendigkeit freier Flächen. Auch im Masterplan Grün seien alle Flächen verplant und geregelt. Er forderte, dass der JHA hier die Interessen der Kinder und Jugendlichen nach Freiflächen vertreten müsse. Herr Misch bestätigte den Verlust der für Kinder und Jugendlichen notwendigen freien Flächen, die er in seiner Jugend noch genutzt habe. Jugendliche würden heutzutage in der Öffentlichkeit nicht mehr so geduldet, wie früher.

Frau Clauß fasste als Konsens der Beratung folgende Punkte zusammen:

1. Jugendliche, die einen solchen Treff einrichten wollten, sollen im Rahmen der von der Projektgruppe vorgelegten Ergebnisse von der Stadtverwaltung unterstützt werden.
2. Der JHA bittet um Einbeziehung der Belange von Kindern und Jugendlichen nach Freiflächen in den dem Masterplan Grün.
3. Das Konzept der informellen Jugendtreffpunkte wird in die zu erstellende Spielplatzbedarfsplanung mit aufgenommen.

Frau Janke- Schmidt dankte Frau Block für die geleistete Arbeit.

TOP 4: Änderung der Förderrichtlinien zur Förderung der Jugendarbeit der Stadt Sankt Augustin

Frau Kusserow verwies auf die Verwaltung der Jugendfördermittel durch den Stadtjugendring im Auftrag der Stadt, auf die letzte Änderung der Richtlinien im Februar 2015 und die noch ausstehende, damals bereits vom SJR gewünschte Anpassung. Für diese liege nun ein im SJR abgestimmter Vorschlag vor.

Die Änderungswünsche, deren Begründung sowie die jeweilige Stellungnahme der Verwaltung lag in einer Synopse vor, anhand derer die folgenden Richtlinienänderungen einvernehmlich beraten wurden:

Lfd. Nr.	Ziffer	Art der Änderung	Beschluss
1	3.1.	Ergänzender Hinweis auf die Notwendigkeit einer Vereinbarung des Trägers mit dem zuständigen öffentl. Träger über die Einholung erweiterter Führungszeugnisse für Leiter von Maßnahmen.	Änderung wird vorgenommen.

2	3.2.	Klarstellung zur Teilnahme an Pauschalangeboten kommerzieller Reiseveranstalter.	Die Änderung wird vorgenommen.
3	4.	Redaktionelle Änderungen.	Die Änderung wird vorgenommen. Der Text wird durch Zwischenüberschriften strukturiert.
4	4.6.	Streichung eines zwingenden Eigenanteils.	Änderung wird vorgenommen. .An allen Textstellen bzgl. eines Eigenanteils soll als Hinweis eingefügt werden: „Ein Eigenanteil ist nicht verpflichtend, wenn die Maßnahme auskömmliche finanziert ist.
5	5.3.	Klarstellung zur Höchstförderung pro Träger.	Der Änderungsvorschlag der Verwaltung wird aufgenommen.
6	5.4.	Regelung zur Förderung zusätzlicher Betreuungspersonen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.	Die Änderung wird vorgenommen
7 - 10	6. bis 6.4.	Redaktionelle Änderungen und Klarstellungen	Die Änderungen werden vorgenommen.
11	1.a.c.	Senkung Mindestteilnehmerzahl von 5 auf 4	Diese Änderung wird nicht vorgenommen
12	1.b.a.	Streichung eines zwingenden Eigenanteils.	Die Änderung wird vorgenommen. (siehe Lfd. Nr. 4)
13	1.a.b. b.	Klarstellung	Die Änderung wird vorgenommen.
14	2.a	Klarstellung	Der Einschub Kinder ..., die nicht in Ferien fahren“ wird gestrichen, ansonsten keine Änderung.
15	3.a.	Erleichterung für internationale Begegnungen	Die Änderung wird vorgenommen.
16	3.b.a.	Erhöhung der Förderung pro Tag	Die Änderung wird vorgenommen.
17	4.b.	Regelung zur Förderung zusätzlicher Betreuungspersonen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.	Die Änderung wird vorgenommen. Siehe Lfd. Nr. 6
18	5.b.c.	Streichung einer Höchstförderung bei Bildungsmaßnahmen pro Träger.	Die Änderung wird vorgenommen
19	5.a.g.	Änderung der Mindestteilnehmerzahl bei Bildungsmaßnahmen B2.	Der Änderungsvorschlag der Verwaltung wird vorgenommen. Die unterschiedliche Mindestteilnehmerzahl bei B1- bzw. B2-Maßnahmen muss im Text deutlich werden.

20	6.a.a.	Klarstellung auf Grund einer geänderten Trägerstruktur in der kath. Jugendarbeit, sowie zum Antragsverfahren.	Die Änderungen werden vorgenommen.
21		Änderungen bei der Auflistung nicht geförderter Geräte und nicht geförderten Materials.	Änderungen bei Küchenmaterial und „Akustikgitarre“ Ergänzung bei Büchern etc. und bürotechnischem Gerät Keine Änderung bei Hifi- und Videoanlagen.
22		Streichung der höchstmöglichen Förderung und Hinweis auf die Notwendigkeit der Vorlage von 3 Angeboten bei Anschaffungen über 1.000 €.	Die Änderungen werden vorgenommen, Der in Ziffer 8b erwähnte Höchstzuschuss von 60% pro Maßnahme bleibt bestehen.

Weitere Vereinbarungen:

Zu 3. Herr Pich bat darum, die Bezeichnung „behinderte Kinder“ durchgehend auf „Kinder und Jugendliche mit Behinderungen“ zu ändern. Er wies darauf hin, dass Inklusion mehr sei als nur die Einbindung von Kindern mit Behinderungen, wie es durch den in Klammern gesetzten Begriff verstanden werden könnte. verstanden werden könnte. Frau Clauß regte an, die Einschübe als Überschriften zu nehmen und den Text dadurch zu strukturieren.

Zu 4 Herr Misch erläuterte, dass der Verzicht auf einen festgelegten Eigenanteil nur kleinere Pfadfindergruppen bei Kurzfahrten in die nähere Umgebung beträfe, da größere Fahrten Kosten verursachten, die einen Eigenanteil unerlässlich machten. Eine Überfinanzierung sei in jedem Fall ausgeschlossen.

Herr Kourkoulos und Frau Janke-Schmidt plädierten dafür, mit der Umsetzung der Änderung die schwierige Arbeit der kleineren Verbände besser zu fördern.

Frau Clauß verwies darauf, dass es eine jugendpolitische Entscheidung sei, den Eigenanteil abzuschaffen. Ihr Vorschlag, die Änderung vorzunehmen und die Auswirkungen in zwei Jahren zu überprüfen fand Zustimmung.

Alle Textstellen bezüglich eine Eigenanteils soll der Hinweis eingefügt werden „Ein Eigenanteil ist nicht verpflichtend, für eine auskömmliche Finanzierung der Maßnahme ist zu sorgen.“

Zu 6 Herr Kourkoulos verwies auf die Überforderung von Leitern bei Freizeiten, aber auch von Ferienhelfern bei Ferienspielaktionen, durch die Teilnahme von Kindern mit psychischen und emotionalen Auffälligkeiten. Auch hier bestehe, wie bei Teilnehmern mit anderen Behinderungen ein zusätzlicher Betreuungsbedarf. Diese Kinder würden zunehmend von Maßnahmen ausgeschlossen, da es keine Regelung gebe, diese Auffälligkeiten als „Behinderung“ zu bewerten und es daher keine zusätzliche Förderung gebe. Er regte an, diese Kinder entsprechend zu fördern, z.B. nach Bescheinigt durch einen Kinder- und Jugendpsychologen.

Frau Clauß bestätigte, dass es hierzu keine praktikable Regelung gebe. Das Prüfschema nach § 35 a SGB VIII sei hierfür nicht praktikabel. Sie setzte Hoffnung in das neue „inklusive“ SGB VIII.

Zu 19 Herr Misch bat die Stadtverwaltung um eine Klarstellung der Frage in den Richtlinien, wer bei der Teilnahme von Gruppen bei externen Schulungen überörtlicher Trägern als Träger der Maßnahme gelte, der Verband vor Ort (B1 oder B2) oder der veranstaltende überörtliche Träger (B3). Dies habe Auswirkungen auf die Mindestteilnehmerzahl.

Zu 21 Herr Kourkoulos schlug vor, bei Akustikgitarren den Hinweis „als Einzelinstrument“ mit aufzunehmen, um Anschaffungen für einen Musikverein zu verhindern.

Frau Kusserow wies darauf hin, dass die Verwaltung des städtischen Medienpools an den Verein zur Förderung der städt. Jugendeinrichtungen übertragen worden sei. Dies müsse in den Richtlinien redaktionell aufgenommen werden.

Zu Ziffer 4.2. der allgemeinen Richtlinien

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Änderung bezüglich des Mindestalters der verantwortlichen Leiter einer Maßnahme wird umgesetzt.

TOP 5: Präsentation der Arbeit nicht geförderter ehrenamtlicher Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.06.2016

Frau Janke-Schmidt berichtete, in dieser von ihr im Auftrag des Stadtjugendrings koordinierten Präsentation werde zunächst Herr Misch einige Zahlen über die Entwicklung der Förderung sowie einige Hintergründe zur verbandlichen Jugendarbeit vorlegen, danach gebe es einen bebilderten Bericht einzelner kirchlichen Jugendgruppen und Pfadfindergruppen. Auch das Spielmobil der Freien ev. Gemeinde in Buisdorf sei in den Bericht aufgenommen. Ein weiterer Bericht von Hotti e.V. sei in die kommende Sitzung verschoben worden.

Sie bat darum, den Bericht nicht nur zur Kenntnis nehmen zu lassen, sondern ihn als Einstieg für eine politische Beratung der Zukunftsperspektiven verbandlichen Jugendarbeit zu nehmen. Sie verwies auf die speziellen Probleme durch die ehrenamtliche Struktur, die sie exemplarisch bei der Koordination dieses Berichtes selbst erlebt habe. Die Jugendverbandsarbeit und der Stadtjugendring benötige intensive Unterstützung in ihrer Arbeit.

Frau Silber Bonz betonte ausdrücklich ihre Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements in der Jugendverbandsarbeit.

Frau Clauß dankte Frau Janke-Schmidt für die Vorbereitung des Berichtes und verwies darauf, dass dies der erste Bericht dieser Träger seit vielen Jahren sei. Gerade bei den immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen sei eine solche Präsentation umso wichtiger. In der weiteren Beratung müsse deutlich werden, welche Unterstützung der Stadtjugendring benötige.

TOP 6: Sonstiges

Bericht aus dem Stadtjugendring

Frau Janke-Schmidt berichtete, dass die schwieriger werdenden Rahmenbedingungen für die Jugendverbandsarbeit und die Arbeit des Stadtjugendrings auf der letzten Vollversammlung Thema war. Sie erinnerte an ihre Aussagen zu TOP 5 dieser Sitzung und ergänzte, dass die langen Schulzeiten bei gleichzeitiger höherer Anforderung dazu führten, dass die Kinder übermüdet seien und nur unregelmäßig bzw. verspätet zu den Gruppenstunden kämen, oder früher wieder gehen müssten. Dies führe zu einer starken qualitativen und quantitativen Einschränkung des Angebots. Es komme sogar vor, dass Kinder, dass Hausaufgaben auf Fahrten mitnehmen.

Als Lösungen sei eine bessere Öffentlichkeitsarbeit, eine Zusammenarbeit und Vernetzung mit Schulen und anderen beteiligten Trägern sowie eine Aufwertung der Jugendleitercard diskutiert worden. Sie verwies jedoch auf die ehrenamtliche Struktur der Jugendverbandsarbeit und die Tatsache, dass auch die aktiven ehrenamtlichen Jugendlichen immer jünger werden und selbst in den Schulstress eingespannt seien. Hierdurch fehlte es an den zur Umsetzung notwendigen personellen Ressourcen. Sie bat nochmals um Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit.

Frau Silber Bonz erklärte, auf Grund des engen Zeitrahmens der kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses sei eine ausführliche Beratung jedoch nicht möglich. Sie und Frau Clauß regten an, das Thema in eine der nächsten Unterausschusssitzungen ausführlich zu beraten. Über diesen Vorschlag bestand Einvernehmen.

Frau Silber-Bonz ergänzte, in diese Beratungen sei zur Frage der Förderung des Ehrenamtes auch der Sozialausschuss einzubeziehen, Herr Kourkoulos regte eine Einbeziehung des Schulausschusses an.

Projekte für Kinder und Jugendliche mit Fluchtgeschichte, Zwischenbericht

Frau Clauß berichtete, dass Herr Lübken um die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes gebeten habe, um die Vielfalt der Projekte in diesem Arbeitsfeld der Jugendarbeit deutlich zu machen. Die Verwaltung legte als Zwischenbericht eine Zusammenstellung der im AK 78 vorgestellten für 2016 geplanten Projekte vor (Anlage 2).

Herr Kourkoulos berichtet von einem Telefonat mit dem Landesjugendamt vom gleichen Tag, bei dem er erfahren habe, dass bisher nur ganz wenige Bescheide für Projekte in diesem Arbeitsbereich verschickt worden seien, da das Antragsvolumen viel höher war als die zur Verfügung stehenden Finanzen. Es liefen zurzeit noch interne Klärungen zwischen dem LVR und dem Land, wie verfahren werden könne. Die daraus resultierende Verzögerung der Bescheide könnte bedeuten, dass für die Umsetzung der Projekte weniger Zeit zur Verfügung stehe.

50. Sitzung des Kinder- und Jugendparlaments

Herr Misch verwies auf die am 24. November 2016 stattfindende 50. Sitzung des Kinder- und Jugendparlaments.

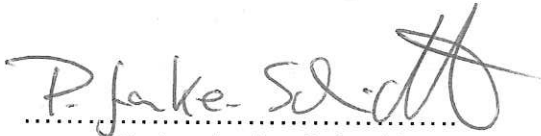
Einsatz von Herrn Engels in der Jugendarbeit

Frau Clauß gab bekannt, dass Herr Engels seit Mitte Mai nach einem halbjährigen Einsatz in der Flüchtlingsbetreuung wieder für die laufenden Geschäfte sowie für die Umsetzung der beschlossenen Projekte in der Jugendarbeit zur Verfügung stehe.

Ende der Sitzung

Die stellvertretende Vorsitzende, Petra Janke-Schmidt, bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern für deren Mitarbeit und schloss die Sitzung.


Klaus Engels
Protokollführer


Petra Janke-Schmidt
stellv. Vorsitzende des Unterausschusses

Gesehen:


Marcus Lübken
Beigeordneter